

Antrag

der Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei und Jonas Hoffmann u. a. SPD

Wohnungsleerstand in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Wohneinheiten zum aktuellen Zeitpunkt in den Städten in Baden-Württemberg mit über 100 000 Einwohnern existieren (bitte aufgeschlüsselt nach Städten);
2. wie sich dieser Bestand in den vergangenen 20 Jahren entwickelt hat;
3. wie sich die Bedarfslage am Wohnungsmarkt in den Städten in Baden-Württemberg mit über 100 000 Einwohnern darstellt (bitte aufgeschlüsselt nach Städten);
4. wie hoch die Leerstandsquote von Wohnraum in den Städten in Baden-Württemberg mit über 100 000 Einwohnern ist (bitte aufgeschlüsselt nach Städten);
5. wie häufig seit Einführung des „Zweckentfremdungsverbots“ in den Städten in Baden-Württemberg mit über 100 000 Einwohnern Meldungen bei der zuständigen Stelle eingereicht wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Städten);
6. wie viele Strafen seit Einführung des Zweckentfremdungsverbots in den Städten in Baden-Württemberg mit über 100 000 Einwohnern jeweils verhängt wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Städten);
7. wie häufig die Verwaltungen in den Städten in Baden-Württemberg mit über 100 000 Einwohnern in den letzten fünf Jahren von ihrem Vorkaufsrecht bei Grundstücksverkäufen Gebrauch gemacht bzw. nicht Gebrauch gemacht haben;
8. inwiefern den Verwaltungen in den Städten in Baden-Württemberg mit über 100 000 Einwohnern Verdachtsfälle im Bereich der Immobilien- und Grundstücksspekulation durch Unternehmen bekannt sind;
9. welche Instrumente die Verwaltungen in den Städten in Baden-Württemberg mit über 100 000 Einwohnern nutzen, um Leerstand von Wohnungen entgegenzuwirken;
10. welche Instrumente die Verwaltungen in den Städten in Baden-Württemberg mit über 100 000 Einwohnern nutzen, um Spekulation mit Wohnraum sowie Grundstücken entgegenzuwirken;
11. inwieweit die Gründe für den Leerstand jeweils ermittelt werden, bekannt sind oder durch Untersuchungen näherungsweise eingeschätzt werden;

12. wie sich die Leerstandsquote in den Städten in Baden-Württemberg mit über 100 000 Einwohnern seit einschließlich 2019 entwickelt hat.

5.11.2024

Dr. Fulst-Blei, Hoffmann, Born, Ranger, Rolland SPD

Begründung

In den Städten in Baden-Württemberg herrscht zunehmend Wohnraummangel. Die wirkungsvolle Bekämpfung von Leerstand ist daher eine mögliche Maßnahme, um hier Abhilfe zu schaffen. Diese Initiative möchte damit erhellen, inwiefern hier bereits geschaffene Möglichkeiten wie das Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Zweckentfremdungsverbotsgesetz – ZwEWG) genutzt werden und erfolgreich sind.